KLASSENKAMPF

KOMMUNISTISCHER BUND WIEN 5. 12. 75

Gegen die Erhöhung des Strom- und Gaspreises

Zwischen Dienstag und Donnerstag nächster Woche wird der Wiener Gemeinderat die Erhöhung des Strom- und Gaspreises beschliessen. Diese beiden Erhöhungen sind nur ein Teil eines regelrechten staatlichen Raubzuges gegen das Volk. Begründet wird dieser Raubzug hauptsächlich damit, dass der Staat Geld in die Wirtschaft pumpen und damit Arbeitsplätze sichern würde.

Dieser Begründung steht entgegen, daß die Zahl der Arbeitslosen auf 100.000 steigen und im nächsten Jahr nicht mehr wesentlich sinken wird, obwohl der Staat bereits im vergangenen Jahr insgesamt 47 Milliarden an die Kapitalisten vergeben hat.

Gegen diesen staatlichen Raubzug protestieren wir entschieden und rufen auf zu einer

PROTESTDEMONSTRATION

ZUM RATHAUS

am FREITAG den 12. 12. 75, TREFFPUNKT: KAUFHAUS STAFA

STAAT UND KAPITALISTEN IN EINER FRONT GEGEN DAS VOLK

Der Strompreis soll um 25-30%, der Gaspreis um 9-9,5% erhöht werden. Entsprechende Beschlüsse wird der Gemeinderat nächste Woche mit den Stimmen der SPÖ fassen. Die ÖVP wird nicht zustimmen, aber auf welcher Seite diese Partei steht, sieht man an der Begründung: Eine Erhöhung um ca. 20% sei ausreichend!

Es sind die Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und kleinen Gewerbetreibenden, die diese Erhöhungen am stärksten zu spüren bekommen: Sie spüren sie direkt und über die Preissteigerungen, mit denen die Kapitalisten diese Erhöhungen abwälzen werden.

Nächste Woche sind es Strom- und Gaspreis, die hinaufgesetzt werden. Weiters:

- x Erhöhung der Müllabfuhrtarife um 44% bereits beschlossen
- x Erhöhung der Tarife für Wasser bis zu 52% ab 1.1.76
- x Erhöhung der Tarife für Feuerwehr, Kanal und Marktwesen
- x Erhöhung des Strassenbahntarifs für Sommer 1976
- x Erhöhung des ÖBB-Tarifs um 15-20% ab Februar 76
- x Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2% ab 1.1.76
- x Erhöhung der Posttarife ab 1.1.76
- x Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge im Lauf des Jahres 1976
- x Erhöhung der Lohnsteuereinnahmen, weil am Lohnsteuersystem in den nächsten vier Jahren nichts geändert werden soll

Diese enormen Belastungen treffen die Werktätigen in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die Kapitalisten treiben die Preise hinauf und bauen die Löhne ab durch Kollektivvertragsabschlüsse wie bei den Handelsangestellten mit 8,5%. Die Metallarbeiter sollen mit einem genauso niedrigen Abschluß abgespeist werden. Gleichzeitig wird in den Betrieben die Ausbeutung verschärft und immer mehr aus den Arbeitern herausgepreßt.

Kommen die Werktätigen mit ihrem schwindenden Lohn aus dem Betrieb heraus, fallen sofort die anderen Unternehmer, Hausherren und privaten und öffentlichen Blutsauger über sie her und nehmen sie nach Strich und Faden aus.

DIE STAATLICHE AUSPLÜNDERUNG SICHERT KEINE ARBEITSPLÄTZE

Es heißt, höhere Tarife und Gebühren und eine stärkere Steuerausplünderung seien notwendig, damit der Staat zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen könne.

Was geschieht in Wirklichkeit? Die Profite der Kapitalisten sinken in der Krise, und die Unternehmer fordern den Staat auf, billige Kredite und Subventionen, Steuergeschenke usw. zu vergeben. Der Staat nimmt Kredite auf und vergibt öffentliche Aufträge an die großen Kapitalisten. Damit solche Aufträge hohe Profite abwerfen, müssen die Kapitalisten billig produzieren. Und um billig zu produzieren verschärfen sie die Ausbeutung "ihrer" Arbeiter. Das sichert keine Arbeitsplätze, im Gegenteil: letztlich werden sogar weitere Arbeiter überflüssig und auf die Straße gesetzt. Die Tatsachen liefern den Beweis:

x Die Zahl der Arbeitslosen wird auf 100 000 ansteigen und kaum sinken, trotz der staatlichen Finanzspritzen von 47 Milliarden an die Kapitalisten

x In die Steyr-Daimler-Puch steckte Androsch 6 Millionen "um die Arbeitsplätze zu sichern". Ergebnis: 470 Entlassungen im März, Abbau von weiteren 300 bis Mitte August und 170 Entlassungen im Lauf der jüngsten Zeit. Bilanz: ca 1 000 entlassene Kollegen, aber gesicherte Profite.

x Die Swarovski-Optik. Auch sie hat was gekriegt. Bilanz: seit Herbst 1974 1.3oo Arbeiter und Angestellte entlassen, aber gesicherte Profite.

x An die Textilindustrie hat der Staat große Aufträge vergeben. Bilanz: Zusammenlegungen und Stillegungen, mindestens 600 Arbeiter fliegen auf die Straße.

x Mehr als 8 Milliarden Investitionen in der verstaatlichten Industrie. Sichere Arbeitsplätze? Keineswegs! 3.000 bis 4.000 Entlassungen in der VÖEST sind geplant.

DAHER: GEGEN DIE ERHÖHUNG DER TARIFE, GEBÜHREN UND STEUERN

Für die Arbeiter und Angestellten, Rentner und Pensionisten gilt es daher, gegen den staatlichen Raubzug aufzutreten. Die Bedingungen für die Arbeiterklasse sind dafür nicht günstig. Das Argument der "staatlichen Arbeitsplatzsicherung" verfängt noch sehr stark in der Bevölkerung. Die Gewerkschaftsführung hat sich in dieser Situation in der letzten Bundesvorstandssitzung voll hinter den staatlichen Raubzug gestellt und organisiert nicht den Kampf dagegen,sondern die wehrlose Hinnahme.

Die Werktätigen können aber kein Interesse daran haben einen Staat zu finanzieren, der ein Werkzeug der Kapitalisten ist und die arbeitende Bevölkerung nach allen Regeln der Kunst ausplündert. Sie können kein Interesse haben die Profite der Kapitalisten über höhere Tarife, Gebühren und Steuern mitzufinanzieren.

Es gilt daher gegen die Haltung der Gewerkschaftsführung aufzutreten und sich dafür einzusetzen, daß die Gewerkschaft die Kollegen gegen den staatlichen Raubzug organisiert. Unsere Betriebsräte sollen energisch gegen die Tariferhöhungen usw. Stellung nehmen.

PROTESTDEMONSTRATION ZUM RATHAUS
am FREITAG den 12. 12. 75, TREFFPUNKT: KAUFHAUS STAFA 17h

Wir halten den entschiedenen Protest gegen diese Erhöhungen für notwendig. Eine Protestaktion gegen die Strom- und Gaspreiserhöhung der Gemeinde Wien ist eine gute Gelegenheit, gegen die Pläne und Maßnahmen der Regierung aufzutreten.

Aus diesem Grund sind wir an verschiedene sozialistische, KPÖ- und andere Organisationen herangetreten und versuchen uns mit den marxistisch-leninistischen Organisationen VRA und MLPÖ abzusprechen, damit die Grundlage für einen breiten Protest gegen die Erhöhung des Gas- und Strompreises zustandekommt.

Aus diesem Grund fordern wir alle Kollegen auf, sich an der Protestaktion zu beteiligen!

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Wilfried Graf Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12